

DIESE GRÜNEN!



BEZAHLBARE ENERGIE FÜR ALLE!

■ EIN FASZINIERENDES MODELL, DAS AUCH NOCH DIE UMWELT SCHONT

Das Thema Energiepreise wird spätestens bei der nächsten Nebenkostenabrechnung besonders konkret, denn da geht es an die Geldbörse, und zwar nicht zu knapp. Nachzahlen müssen wir nicht nur deshalb, weil wir vielleicht verschwenderisch mit Energie umgegangen sind, sondern deshalb, weil die Preise für Öl und Gas explodieren. Und dabei hatten wir nicht einmal einen langen, strengen Winter. Falls der demnächst kommt, kann man schon mal ein Sparschwein fürs Heizen der Wohnung aufstellen.

Das Energieproblem ist vor allem ein soziales Problem: Bei denjenigen, die weniger Geld zur Verfügung haben, fallen die hohen Preise am meisten ins Gewicht. Die Verbraucherzentrale NRW hat ausgerechnet, dass etwa jeder Fünfte über 13 Prozent seines Einkommens für Energiekosten wie z.B. Strom, Wärme, Treibstoff und Fahrpreise ausgeben muss. Kein Wunder: Der Haushaltsstrom ist seit 1998 um ein Drittel teurer geworden, Erdgas fast doppelt so teuer. Wer Erdöl braucht, muss schon fast dreimal soviel bezahlen wie noch vor zehn Jahren, und wer mit Strom heizt, zahlt jetzt doppelt so viel. Auch Fernwärme ist teurer geworden: Seit 1998 ist der Preis um die Hälfte gestiegen. Und Fahrkarten des Öffentlichen Nahverkehrs? Auch sie sind in den letzten acht Jahren um über 40 Prozent teurer geworden.

Die Rohstoffe werden knapp, weder Öl noch Kohle reicht für die Ewigkeit, und der Ausbau der erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser oder Biogas geht viel zu langsam voran. Währenddessen blasen die Kraftwerke jede Menge Kohlendioxid in die Luft, das Treibhausgas, was für den Klimawandel verantwortlich ist. Kein ange-



nehmes Thema, zugegeben. Deshalb geht es auch nicht ums Jammern, sondern um Lösungen. Was also tun? Kalt duschen? Nicht heizen? Wir meinen: Das kann es nicht sein. Müsste es nicht darum gehen, Energie zu sparen, bewusst damit umzugehen? Und diese Energie dann aber auch zu einem fairen Preis zu bekommen? Man kann beides miteinander verknüpfen. Die Verbraucherzentrale NRW hat dazu ein kluges Konzept entwickelt. Und das funktioniert so: Jeder Mensch soll ein monatliches Kontingent an Kilowattstunden zur Verfügung haben, und zwar kostenlos. Dieses Gratis-Paket muss realistisch bemessen sein, niemand soll frieren oder morgens die Kaffeemaschine auslassen müssen. Wenn diese kostenlose Energie verbraucht ist, muss

man zahlen, dann aber logischerweise mehr, weil der Grundbedarf ja schon gratis ist. Das bedeutet: Je mehr Energie jemand verbraucht, etwa für Klimaanlage, Mega-Kühlschränke oder andere Luxus-Geräte, desto teurer wird's. Es gibt also, wenn man so will, zwei Sorten von Energiebedarf: einen grundlegenden, den man einfach zum Leben im Alltag braucht, und einen, mit dem man sich Luxus leistet. Damit die Rechnung aufgeht, müssen diejenigen, die sehr viel verbrauchen, die Gratis-Energie mitfinanzieren. Die Kosten sind damit gerechter auf die Schultern verteilt. Dieses Modell belohnt alle, die bewusst mit Energie umgehen und sie nicht einfach verschleudern.

Wenn das kein Grund ist, sparsam zu sein! Das tut dem Portemonnaie gut

(viel besser als bisher) und dem Klima obendrein. Tolle Idee, finden wir!

Eine Idee, die auch umgesetzt werden soll, deshalb unterstützen die GRÜNEN sie mit einem Antrag. Darin fordert der Rat der Stadt die Bundesregierung auf, die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für die sozialverträgliche Strom- und Gasversorgung zu schaffen. Eine weitere von insgesamt vier Forderungen ist der Verzicht auf Strom- und Gassperren bei KundInnen, die von den sozialen Folgen steigender Energiepreise betroffen sind. In der Ratssitzung am 15. September müssen sich die anderen Fraktionen entscheiden, ob sie unseren Vorschlägen folgen. Den Antrag können Sie auf unserer Homepage www.gruene-wuppertal.de unter Aktuelles / Anträge aufrufen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

während der Schulferien haben engagierte Eltern über 14.000 Unterschriften gesammelt, weil sie wollen, dass die erfolgreiche Hauptschule in Cronenberg bleibt. Das reicht bei weitem für ein Bürgerbegehren – aber lesen Sie selbst, was CDU und SPD mit dem Bürgerwillen nun anfangen wollen. Wir erklären auch, weshalb die GRÜNE Unterstützung des Bürgerbegehrens nicht im Widerspruch zu unserer Forderung nach Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems steht. Auch sonst gibt es aktuell viele Baustellen in der Politik: von geplanten Bausünden und Beispielen schlechter Stadtentwicklung über ein kluges Konzept für eine Energiepolitik, die zugleich das Portemonnaie und die Umwelt schont, bis hin zu fünf notwendigen Schritten für einen effektiven Kinderschutz.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Redaktionsteam

HÖSTEREY-GELÄNDE – EIN „ENDLAGER“?

■ GRÜNE FRAGEN NACH

Sudberg ist ein eigentlich schöner, grüner, idyllischer Teil von Wuppertal. Viele Eltern dort haben aber mittlerweile ein mulmiges Gefühl, wenn sie an einen bestimmten Ort denken, denn hier liegt quasi ein Endlager für möglicherweise gefährliche Stoffe.

Sie fragen sich, was es mit diesen dubiosen Fässern auf sich hat, die auf dem Gelände der früheren Werkzeugfabrik Hösterey lagern? Immerhin handelt es sich um mehrere 1000-Liter-Tanks und Fässer, das sieht man auf Fotos. Klar ist nur, dass in den Behältern irgendwelche alten Materialien lagern, und die Fässer werden so langsam aber sicher marode, rosten. Und unter den Fässern und Tanks befinden sich nicht etwa vorsichtshalber Auffangwannen, falls doch mal ein Stoff austritt. Darunter ist nichts.



Foto: Privat

Und die Fässer und Tanks sind ja schließlich zu. – Also alles nicht so schlimm, meinen Sie? Wir meinen: Da spielen Kinder in der Nähe. Da sollte man schon wissen, ob dort Schadstoffe gelagert sind und ob von den zufällig mehrere hundert oder sogar mehrere tausend Liter giftiger Flüssigkeiten lagern und ob davon etwas nach außen dringt. Auch der Bürgerverein „Südbürger“ ist alarmiert. Denn mindestens ein Fass scheint Flüssigkeit zu verlieren. Die Frage ist auch, ob etwa der Boden belastet ist. Der aktuelle Eigentümer des Hösterey-Geländes, der hier Wohnhäuser bauen will, ist verpflichtet, die Altlasten zu beseitigen und auch die Fässer zu entsorgen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

AUS DEM INHALT

Seite 2
Bauvorhaben am Mirker Hain

Seite 3
Gastkommentar:
Effektiver Kinderschutz

Seite 4
Erotik-Shop im Wohngebiet?

Seite 4
Oberbarmen auf dem
Abstellgleis

Seite 5
Spiel- und Bolzplatz
statt Bunker

VORGESTELLT: LORENZ BAHR

■ GRÜNER BÜRGERMEISTER UND STADTVERORDNETER



GRÜNER Bürgermeister in einer schwarz-roten Koalition – den Posten kann man sich sparen, denken Sie? Lorenz Bahr sieht das anders und beweist, dass man auch in dieser Position viel bewegen kann. Er begreift sich als Korrektiv im Rathaus, hat kürzlich etwa dafür gesorgt, dass sich Großinvestoren an der Entwicklung städtischer Infrastruktur beteiligen sollen. Er hat ein Gewerbeflächenkonzept durchgesetzt, weil er meint, dass viel zu viel unbebauter Boden an den unmöglichsten Stellen neuen Industriestandorten weichen muss, aus blinder Investorenfreundlichkeit, ohne drüber nachzudenken.

Um bei solchen Vorhaben Erfolg zu haben, muss er diplomatisch und sachlich sein, mal aber auch laut und kämpferisch. Dinge beim Namen zu nennen, damit hat der 40-Jährige kein Problem. Wichtig ist ihm dabei, nicht persönlich zu werden, und das schätzen viele an ihm, auch in anderen Parteien, ebenso wie seinen Grundsatz der Zuverlässigkeit. Er mag nur Dinge

versprechen, die er auch halten kann. Lorenz Bahr in eine Schublade zu stecken, ist schwierig. Er folgt seiner Vision von nachhaltiger Stadtentwicklung, weiß aber auch, was in Zeiten knapper Kassen geht und was nicht. Seit fast vier Jahren ist der gebürtige Berliner als GRÜNER Bürgermeister im Amt, und das mit einem stolzen Wahlergebnis im Rücken.

Neben seiner politischen Tätigkeit hat er sich seitdem auch persönlich weiterentwickelt. Denn zwei seiner drei Kinder sind in dieser Wahlperiode geboren worden. Beruf, Ehrenamt und Familie bringt er unter einen Hut. „Man muss die Disziplin haben, auch Terminanfragen absagen zu können“, sagt Lorenz Bahr, bei dem hohes Engagement außer Frage steht. Lorenz Bahr ist nicht nur Bürgermeister und Stadtverordneter. Der Rat der Stadt Wuppertal hat ihn zu Beginn der Wahlperiode in die Landschaftsversammlung Rheinland gewählt. Der Landschaftsverband ist ein überörtlicher Sozial- und Jugendhilfeträger, und sein Gre-

mium, die Landschaftsversammlung, steht zwischen Stadt- und Landesparlament. Als stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland hat er dort Mindeststandards in der Kinderbetreuung durchgesetzt und dafür alle Stimmen des Ausschusses erhalten.

Bei solchen Themen schlägt sein politisches und berufliches Herz höher. Und er hat Praxiserfahrung: Als langjähriger Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbandes und nun Leiter eines sozialen Trägers in Wuppertal weiß er, wovon er spricht. Auch in der kommenden Wahlperiode möchte Lorenz Bahr weiter machen. Sein Parteivorstand und seine Fraktion haben ihm bereits ein Votum für seine Oberbürgermeister-Kandidatur gegeben. Darüber demokratisch entscheiden muss aber die GRÜNE Mitgliederversammlung im Oktober. Und was ist ihm nun das Liebste? Bürgermeister? Stadtparlament? Landschaftsverband? „Meine Freundin und meine Kinder“, sagt der Familienmensch.

GRÜNE FÜR ERHALT DER LANDSCHAFT

Vohwinkel: CDU und SPD für unsinnigen Flächenverbrauch

Es waren um die 100 teils aufgebrachte BürgerInnen in der Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Vohwinkel am 13.08.08 anwesend, die sich gegen die Bebauung am Westpark aussprachen. Viele befürchten ein Verkehrs-Chaos am Ludgerweg. Doch die deutliche Bürgermeinung half nichts. CDU und SPD stimmten für den Bau von rund 100 Einfamilienhäusern. Südlich des Ludgerweges sind 75 Einzel- und Doppelhäuser geplant, im Bereich Filchnerweg und Domänenweg 9 bzw. 18. Während die GRÜNEN die beiden kleinen Bauflächen als Arrondierung akzeptieren, lehnen sie die Bebauung der Fläche am Ludgerweg entschieden ab.

Wir haben schon vor gut einem Jahr darauf hingewiesen, dass mit einem neuen Wohngebiet wieder einmal alle guten Vorsätze für mehr Klima- und Bodenschutz und weniger Flächenverbrauch in den Wind geschrieben werden. Die Zerstörung dieser Fläche bedeutet überflüssige Versiegelung von Freifläche mit landwirtschaftlicher Nutzung, Verlust von Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Schädigung vorhandener naturnaher Fließgewässer, Abwasserprobleme und einen klimaschädigenden Eingriff.

Nicht nur zur Zerstörung der Landschaft wird es kommen, künftigen HausbesitzerInnen wird nicht wirklich ein ruhiges Wohnen am Stadtrand geboten. Dem Umweltbericht im Bebauungsplan ist zu entnehmen, dass die Lärmbelastung durch die Nähe zur A 46 sehr hoch sein wird. Fraglich, ob überhaupt Familien bereit sind, auf einer Fläche mit hohem Lärmpegel ihr Häuschen zu bauen. Makler werden Besichtigungstermine wohl nicht bei Südwind-Wetterlagen anbieten.

Zudem werden die AnwohnerInnen nicht gut an den öffentlichen Nahverkehr, an Schulen, Kindergärten und Einkaufsmöglichkeiten angebunden sein. Ohne Auto wird hier gar nichts gehen, zwei Autos pro Haushalt werden zu Buche schlagen, was ein noch höheres Verkehrsaufkommen für den Ludgerweg bedeuten wird. Hohe Spritkosten für die Familien, hohe Energiekosten kommen dazu, wenn keine Niedrigenergiehäuser gebaut werden. Die Stadt Wuppertal will zu allem Überfluss auch noch darauf verzichten, einen Niedrigenergie- oder Passivhausstandard für die Wohnhäuser vorzuschreiben.

CDU und SPD sangen derweil in der BV ein Loblied auf das in ihren Augen überaus attraktive Angebot für Familien mit Kindern an dieser Stelle und beschlossen zur Beruhigung der BürgerInnen, dass die Südanbindung über den Bolthausener Weg/Wibbelrather Straße noch einmal geprüft werden solle. Eine fadenscheinige Aktion, da die Verwaltung unmissverständlich klar gemacht hat: Eine südliche Erschließung wird es aus ökologischen und finanziellen Gründen nicht geben!

Die GRÜNEN fragen sich einmal mehr, wann die Damen und Herren von CDU und SPD endlich aufwachen und erkennen, dass neue Wohngebiete nur noch in auf geeigneten Innenstadtfächen entstehen sollten und die gibt es auch in Vohwinkel.

grün[®]
Keiner wie wir.

BAUVORHABEN AM MIRKER HAIN

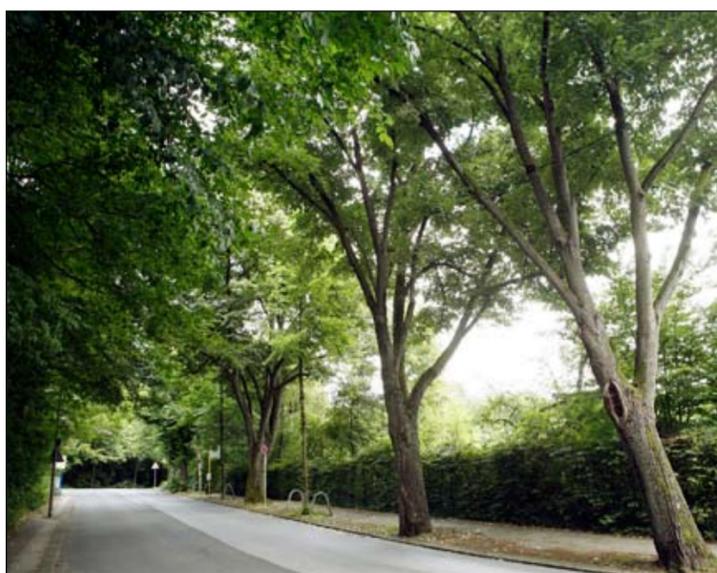
■ WAS DIE VERWALTUNG ALLES UNTERNIMMT, UM LUKRATIVES BAULAND FREIZUGEBEN

Die Begründung von Bauanträgen und Bebauungsplänen im Grünen funktioniert in Wuppertal nach einem einfachen Prinzip: Beliebigkeit, Beharren und Behauptungen.

Das jüngste Beispiel: das Bauleitplanverfahren Nummer 1132 – Vogelsangstraße / Wilhelm-Raabe-Weg. Dort soll unter dem Deckmantel der „Innenentwicklung“ auf der grünen Wiese gebaut werden.

Innenentwicklung bedeutet eigentlich, zusammenhängende Ortsteile besser zu verbinden. Am Mirker Hain ist es allerdings alles Andere als das. Denn im Norden, Westen und Osten des Plangebietes befindet sich nichts als Wald. Grün. Eine Parkanlage. Von wegen zusammenhängende Ortsteile! Nur an der Vogelsangstraße im Süden ist bereits eine neue Privatstraße bis in die siebte Reihe ins Grüne gebaut worden, und nun soll die Siedlung noch weiter in den Mirker Hain hineinwuchern.

Dass das ökologisch und auch für Wuppertals Infrastruktur absurd ist, liegt auf der Hand. Immer mehr Wohnungen und Häuser auf der Talachse stehen leer. Statt sie wieder attraktiv zu machen, sollen immer neue Klötze mitten in die Natur gesetzt werden.



Und das, obwohl es immer weniger WuppertalerInnen gibt. Außerdem: Zu jedem Bebauungsplan gehört eine Umweltprüfung – aus gutem Grund. Nur wenn sich der Plan mit der Umwelt verträgt, darf er Realität werden. Aber: Bei bestimmten Eilverfahren darf man darauf ausnahmsweise verzichten. Und dieser Ausnahmefall ist... Sie ahnen es? Genau: die Innenentwicklung. Wenn ein Bauvorhaben

der Innenentwicklung dient, ist die Umweltprüfung verzichtbar – klar, denn es geht dann ja ohnehin um innerstädtische Angelegenheiten. Der Mirker Hain ist aber ein schönes Stück Natur Wuppertals. Im Klartext: Die Verwaltung definiert das Bauvorhaben bewusst als Innenentwicklung, um die Umweltprüfung zu umgehen. Als das Gelände 2004 grundsätzlich zur Bebauung freigegeben wurde, hat

die Verwaltung einen gravierenden Fehler gemacht: wieder ein schönes, natürliches Stück Wuppertal weg, der Boden versiegelt und zubetoniert. Damals gab es allerdings wenigstens noch die Baumschutzsatzung der Stadt Wuppertal. Die hat Bäumen sozusagen gesetzlichen Bestandsschutz gewährt und sie vor der Säge geschützt.

Mittlerweile haben CDU, SPD und FDP sie abgeschafft. Um die Bäume, die zwischen der Vogelsangstraße und dem Waldbereich des Mirker Hains stehen, heute sicher zu halten, braucht man einen Bebauungsplan, und zwar mit Umweltprüfung.

Jetzt gibt es keine Baumschutzsatzung mehr, keine Umweltprüfung und nicht einmal ein Monitoring, mit dem man auch unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen einer Bebauung frühzeitig ermitteln kann. Darauf will die Verwaltung ebenfalls verzichten. Was kurz- und langfristig mit dem Mirker Hain passiert, interessiert sie nicht. Das einzige, was offensichtlich zählt, ist Geld. Der Quadratmeterpreis liegt bei dem Plangebiet weit über 300 Euro. Im Umfeld liegt er laut Bodenrichtwerttabelle bei 250 Euro.

Wer es sich leisten kann, wohnt im Grünen – solange es noch unbebaute Flächen gibt...

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Susanne Fingscheid, Jakob
Jendritzko, Klaus Lüdemann, Marc Schulz

Gastkommentar:
Friedhelm Gütthoff, Geschäftsführer
des Deutschen Kinderschutzbundes,
Landesverband NRW

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1,
42327 Wuppertal

Auflage: 29.290

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

GASTKOMMENTAR: EFFEKTIVER KINDERSCHUTZ

■ VON FRIEDHELM GÜTHOFF, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KINDERSCHUTZBUNDES, LANDESVERBAND NRW

Es vergeht kaum eine Woche, in der die Medien nicht vom Tod, massiver Vernachlässigung oder (sexueller) Gewalt gegen Kinder berichten.

Versuche, Hintergründe für die schrecklichen Kinderrechtsverletzungen aufzuheben, führen zu der Feststellung, dass (1) eine Vielzahl der Familien öffentlichen Stellen bereits bekannt war, (2) die öffentliche Diskussion leichtfertig auf das individuelle Versagen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes fokussiert. Kritische Debatten verweisen vielerorts auf Mängel in der Organisation oder auf grundsätzliche Fehler beim Wahrnehmen, Beurteilen und Handeln innerhalb des Jugendamtes. Fakt ist aber auch: Überlastungsanzeigen von Mitarbeiter/innen werden nicht angemessen verfolgt und anerkannte Standards im Kinderschutz nur unzureichend durch fachpolitische Entscheidungen

getragen. Notwendige Debatten über ein Soziales Frühwarnsystem, über frühzeitige, verstärkte Unterstützung für einzelne Eltern und Kinder (auch für Pflegeeltern) werden angesichts der Haushaltslast vorschnell von der Tagesordnung (fach-)politischer Entscheidungsgremien gestrichen. Statt dessen verfällt Politik und manche Jugendamtsleitung in einen vermeintlich öffentlichkeitswirksamen Aktivismus oder in eine besondere Schutzhaltung: einrollen, Stachel ausfahren und totstellen. (3) Die Verantwortung von Staat und Gesellschaft gegenüber seinen Kindern berührt den Schutz der Eltern vor staatlichen Eingriffen. Offensichtlich reicht es nicht aus, Eltern allein durch wohlgemeinte, aber vielerorts noch gar nicht vorhandene Angebote der Frühen Hilfen in ihrer Erziehung zu unterstützen. Die Grenze zwischen Hilfe und Eingriff, zwischen Privat und Öffentlichkeit, zwischen

Freiheit des Einzelnen und Verantwortung von Staat und Gesellschaft fordert eine Neubestimmung. Der Fall Talea verweist (4) auf eine weitere Erkenntnis: Organisierte Hilfe im Auftrag des Staates, ausgestattet mit dem Prüfsiegel der kommunalen Jugendhilfeeigentur und begleitet von öffentlich bestellten Beratern kann weiteres Leid nicht gänzlich verhindern. Dies gilt insbesondere da, wo Hilfen nicht passgenau greifen, Zeit für intensive Beratungsgespräche fehlt oder Pflegeeltern sich in ihren fachlichen und karitativen Möglichkeiten überschätzen und überschätzt werden.

Der Druck auf kommunale Entscheidungsträger und das Streben vieler Jugendamtsmitarbeiter/innen nach einem effektiven Kinderschutz nehmen zu. Beide Kräfte erzwingen notwendige Kursänderungen in Richtung eines effektiven Kinderschutzes:

(1) Das Spannungsfeld zwischen den Rechten des Kindes und den Rechten (aber auch Pflichten) der Eltern gilt es im Zweifel zu Gunsten des Kindes neu zu gewichten. (2) Mitarbeiter/innen des Jugendamtes sind gefordert, eine Haltung der „engagierten Aufmerksamkeit“ zu entwickeln. Ihnen muss eine hohe Handlungskompetenz im parteiischen Umgang mit Kindern in Not ermöglicht und abverlangt werden. Die Politik steht hier in der Pflicht, den erforderlichen Handlungsspielraum – u. a. auch durch Neubemessung des Personalschlüssels sowie durch Bereitstellung ausreichender Finanzmittel – zu schaffen. (3) Eine Stärken-Schwächen-Analyse der kommunalen Praxis des Kinderschutzes muss Organisationsversagen und Risikosituationen identifizieren und helfen, die Passgenauigkeit von Kinderschutzkonzepten fortlaufend zu verbessern. (4) Der Schutz von Kindern und Jugendlichen

in Heimen oder Pflegestellen muss durch ein verbindliches Konzept zum Schutz vor Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt gesichert werden. (5) Ein verbindlich eingeführtes Risikomanagement, eingebunden in ein kommunales Gesamtkonzept „Kinderschutz“, schützt vor falschem Aktionismus und stärkt verantwortliches Handeln auch von Leitungskräften.

Erst das grausame Sterben von Talea, die rücksichtslose Vernachlässigung von Lea-Sophie, das Schicksal vieler hier nicht genannter Kinder haben zu nachhaltigen Diskussionen über die Neubestimmung des Kinderschutzes als gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft geführt. Den Veränderungsresistenten in der Jugendhilfe bleibt jetzt keine Schonfrist mehr.

Wuppertal, August 2008

14.323 UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE HAUPTSCHULE CRONENBERG

■ CDU UND SPD WOLLEN BÜRGERBEGEHREN VERHINDERN

Als im Juni dieses Jahres der Wuppertaler Stadtrat die Schließung der Cronenberger Hauptschule beschloss, gab es bei den anwesenden Betroffenen viele Reaktionen – Wut, Enttäuschung, Entsetzen, Ungläubigkeit, Verzweiflung, Unverständnis. Kein noch so überzeugendes Argument konnte die PolitikerInnen von CDU und SPD überzeugen, die erfolgreiche Hauptschule Berghäuser Straße zu erhalten.

Ob und wie es nun weitergehen würde, stand in den Sternen. Klar war allen: Die Schließung ist jedenfalls der falsche Weg.

Drei Monate später hat der Oberbürgermeister 14.323 Unterschriften erhalten. Unterschriften von Menschen, die sich für ein Bürgerbegehren gegen die Schließung der Schule aussprechen. Nun muss sich der Stadtrat auf seiner Sitzung am 15. September mit dem Bürgerbegehren beschäftigen und über seine Rechtmäßigkeit abstimmen. Sollte eine Mehrheit die Rechtmäßigkeit anerkennen, käme es zu einem Bürgerentscheid, bei dem alle Menschen aus Wuppertal aufgerufen wären, eine Entscheidung zu treffen. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass die Verwaltung dem Bürgerbegehren die Rechtmäßigkeit nicht zuerkennen möchte.

Die Begründung hierfür ist allerdings mehr als trickreich. Soll ein Bürger-



Foto: Privat

begehren Erfolg haben, muss er auch Vorschläge zur Finanzierung des Anliegens beinhalten.

Im Falle des Cronenberger Begehrens fordern die Menschen den Verzicht auf das Gewerbegebiet Kleine Höhe, um die laufenden Kosten der Schule der nächsten zwanzig Jahre zu decken.

Nach Ansicht des Rechtsamtes und offensichtlich auch von CDU und SPD im Rat müssen die Bürgerinnen und Bürger darüber hinaus auch Vorschläge machen, wie die Renovierung des Gebäudes bezahlbar wäre.

Eine absurde Forderung – schließlich hat die Stadt selbst in den letzten

zehn Jahren keinen Cent in die Schule investiert. Das hat sie auf Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion zugegeben. Schule und Eltern haben in Eigeninitiative zwei Informatikräume, den Flur im Leichtbau und im Altbau sowie diverse kleinere Räume saniert - ohne finanzielle Beteiligung von städtischer Seite. Nun aber fordert die Stadt, dass die Bürgerinnen und Bürger das leisten, was die Stadt seit mindestens zehn Jahren selbst unterlassen hat. Das ist lächerlich und durchsichtig. Das Bürgerbegehren soll offenbar unbedingt scheitern.

Das Verhalten der Stadt richtet sich nicht nur gegen die Hauptschule, sondern auch gegen direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Die mangelnde Souveränität, mit der CDU, SPD und die Verwaltung mit den Anliegen der Bevölkerung umgehen, ist ein weiterer Beleg für die Bürgerferne, die im Wuppertaler Rathaus seit Jahrzehnten an der Tagesordnung ist.

Die GRÜNEN setzen sich an der Seite der Menschen dafür ein, dass der Bürgerentscheid zugelassen wird. Mit der Genehmigung dieses Anliegens ist allerdings noch keine positive Entscheidung für die Hauptschule verbunden. Aber es würde eine öffentliche Auseinandersetzung um die besseren Argumente beginnen. Das wollen SPD und CDU offensichtlich um jeden Preis verhindern.

■ GRÜNE SCHULPOLITIK

Zu den Grundprinzipien GRÜNER Schulpolitik gehört die Forderung nach Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems. So hat auch die Ratsfraktion in Wuppertal in den letzten Jahren mehrfach den Ausbau der Gesamtschulen gefordert, um die übergroße Nachfrage nach Plätzen an diesen Schulen zu bedienen. Neben dem Anspruch, mehr Durchlässigkeit und bedarfsgerechtere Förderung in einer gemeinsamen Schule zu verwirklichen, darf aber nicht vergessen werden, dass zurzeit noch Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen Schulformen unterrichtet werden. Solange dies der Fall ist, müssen die Kinder und Jugendlichen so gut es geht unterstützt werden. Daher setzen sich die Wuppertaler GRÜNEN für den Erhalt der Cronenberger Hauptschule ein. Außerdem bietet das

Schulgesetz schon heute Möglichkeiten an, um die Zementierung zwischen den Schulformen aufzulockern: die Verbundschule. Hier können Schülerinnen und Schüler an zwei Schulen, die organisatorisch unter einem Dach zusammengefasst werden, Schulform übergreifend unterrichtet werden. Bereits zu Beginn der Debatte um Schulschließungen haben sich GRÜNE für diesen Weg stark gemacht, allerdings ohne entsprechende Unterstützung von den großen Ratsfraktionen.



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____

Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

EROTIK-SHOP IM WOHNGEBIET?

■ OB JUNG IST MIT DER STADTENTWICKLUNG HOFFNUNGSLOS ÜBERFORDERT

Ordentlich Wirbel gibt es derzeit um die Zukunft des Frowein-Geländes an der Friedrich-Ebert-Straße. Was dort los ist, ist komplizierter, also der Reihe nach.

Der aktuelle Baudezernent, der zusammen mit der Verwaltung dafür zuständig ist, die Fläche zu vergeben, heißt Peter Jung und ist zugleich Wuppertaler Oberbürgermeister. Um die Wirtschaft zu stärken, hat Jung den Leitspruch ausgegeben, Wuppertal solle die investorenfreundlichste Stadt werden und verzichte deshalb auf alle Vorgaben für kommunale Investoren. Warum Vorgaben wichtig sind, zeigt sich am aktuellen Beispiel. Am Flecken an der Wupper soll ein so genanntes Multi-Service-Center entstehen. Das will der Investor, der hier mehr als 10 Millionen Euro hineinsteckt. Nach den Regeln der Landesplanung soll hier aber kein „zentrenrelevantes Gewerbe“ hin, zum Beispiel Einzelhandel, der bereits auf der Friedrich-Ebert-Straße zu finden ist. Nach den Vorstellungen des Investors soll auf dem Frowein-Gelände aber auch ein 'Internet-Café mit angeschlossenen Erotik-Markt' entstehen - Betriebe, die eher Freier als normale Menschen im Stadtviertel anziehen. Mit anderen Worten:

Das wäre Gift für eine höherwertige Entwicklung auch in der Umgebung. Deshalb eben braucht man Vorgaben für Investoren, die bestimmte Rahmenbedingungen festschreiben. Das nennt man im Rathaus „Bebauungsplan“. Einen solchen Plan hatten die GRÜNEN schon frühzeitig eingefordert. Der investorenfreundliche (und – blinde) Oberbürgermeister hatte aber darauf verzichtet, und nun hat Wuppertal den Salat.

In letzter Minute schlug Peter Jung der Politik per Dringlichkeitsantrag doch noch die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Frowein-Gelände vor. Von Weitsichtigkeit zeugt dieses Verhalten nicht gerade. Es ist auch nicht der erste Fall. Schon beim Gelände der ehemaligen Generaloberst-Hoepfner-Kaserne gab es kräftige Patzer bei der Erschließung. Auch hier wollte die Verwaltung zusammen mit der Wirtschaftsförderung, deren Verwaltungsratsvorsitzender Peter Jung ist, dem Investor praktisch keine Auflagen machen, wie er den Themen-Park besiedeln wird. Obwohl ein städtischer Bebauungsplan festlegt, dass hier Gewerbe aus dem Bereich 'Automotive' hin sollen, hat der Oberbürgermeister dem Investor per Vertrag erhebliche Abweichungen in Aussicht

gestellt. Außerdem wollte er nicht verpflichtend vorschreiben, dass sich die dortigen Unternehmen an die aktuell geplante Fernwärmeleitung der WSW anschließen. Dabei ist das nicht nur im Sinne der dringend nötigen Energie-Effizienz sinnvoll, sondern auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit. Denn die Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) produziert bei der Müllverbrennung auf Korzert ohnehin Wärme, die bisher in das anliegende Freibad und ansonsten in die Luft gepumpt wird. Diese Wärme kann man sinnvoller nutzen. Sie soll – auf GRÜNE Initiative hin – nun nach Ronsdorf in das Gewerbegebiet umgeleitet werden. Erst in einem Streit zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Wuppertaler Stadtwerke, Stadtdirektor Slawig, und dem Oberbürgermeister Jung konnte die Nutzung der Fernwärme festgelegt werden – wieder in letzter Minute.

Während am Wupperufer auf dem Frowein-Gelände derweil kräftig gebaut wird, wird eine andere Baustelle in der Elberfelder Innenstadt an der Ohligsmühle mit dem Verkauf des Parkplatzes vorbereitet. Viele schauen aus der Schwebebahn herunter und wundern sich: Seltsam, denkt man, ist doch beste Lage, hier kann nur eine



Goldgrube entstehen bzw. ein starkes Stück der Wuppertaler Wirtschaft. Und die hätte es dringend nötig. Offen bleibt, welchen Einfluss Oberbürgermeister Jung hier nun wieder nehmen will. Gegen den Verkauf der Fläche und eine Bebauung ist grundsätzlich nicht viel einzuwenden. An oberster Stelle muss aber stehen, dass wer immer sich hier ansiedelt, der Elberfelder Innenstadt nicht schadet. Außerdem ist offen, wie die Belegung der Flächen und die Orga-

nisation der Elberfelder Baustellen am Döppersberg und an der Ohligsmühle aufeinander abgestimmt werden. Hier werden GRÜNE aufmerksam sein, zusammen mit dem Einzelhandel, der Handelskammer und Gleichgesinnten aus den Ratsfraktionen von CDU und SPD. Wachsame Kontrolle und kritische Fragen sind in der aktuellen Stadtentwicklung offenbar dringend nötig. Oberbürgermeister Jung ist hoffnungslos überfordert – übrigens ein Jahr vor der Kommunalwahl.

OBERBARMEN AUF DEM ABSTELLGLEIS

■ – DIE ERSTEN ZIEHEN WEG



Von Oberbarmen nach Düsseldorf – eine Strecke, die man wunderbar mit der Bahn zurücklegen kann. Entsprechend viele PendlerInnen stehen morgens und nachmittags am Bahnsteig. In Oberbarmen bekommt man noch einen Sitzplatz, in Barmen auch noch, in Elberfeld schon nicht mehr. Ölsardine ist angesagt. Wer glaubt, dass überlastete Züge die Bahn veranlassen, ein paar Waggon mehr dranzuhängen, hat sich getäuscht. Es kommt darauf an, den Punkt am Bahnsteig zu treffen, an dem der einfahrende Zug eine Wagentür hat. Dann kann man das Geschiebe erfolgreich bewältigen und sitzend zur Arbeit oder nach Hause fahren. Sonst nicht. Eines aber ist positiv hervorzuheben: Zumindest kann man mit den Zügen von Düsseldorf und Vohwinkel bis nach Oberbarmen fahren.

Für die Strecke Bonn-Köln-Oberbarmen gilt das nun nicht mehr. Obwohl die Linie ohnehin in Oberbarmen geendet hatte, fährt sie jetzt nur noch bis Wuppertal Hauptbahnhof – schließlich fahren von dort aus ja Schwebebahn, Busse, S-Bahnen und

Taxen weiter. PendlerInnen müssen nun umsteigen, der Bahnhof Oberbarmen ist abgeklummt. Das ist ärgerlich und unbequem, so kurz vor dem Ziel raus und auf Anschlüsse warten. Richtig ärgerlich ist es aber, wenn man zu Randzeiten auf den Bahnverkehr angewiesen ist. Dann nimmt man einen der letzten Züge – und kommt nur noch bis Elberfeld. Wer Lust und genügend Geld hat, kann dann regelmäßig mit dem Taxi nach Oberbarmen fahren. Wer das nicht kann, muss eben umziehen, den ersten Fall gibt es bereits. All das wegen einer Schnapsidee von der Bahn und dem Verkehrsverband Rhein-Ruhr. Also ehrlich: Auf die beiden letzten Bahnhalte – Barmen und Oberbarmen – wäre es nun wirklich nicht mehr angekommen. Wenig Aufwand für den Dienstleister, aber ein großer Gewinn für die Wuppertaler PendlerInnen. Das ist vorbei.

Die Bezirksvertretung Oberbarmen hat mehrmals auf Initiative der GRÜNEN bei der Bahn protestiert – erfolglos, wie mittlerweile niemanden mehr überrascht, der die Serviceorientierung der Bahn kennt.

KEIN MÜLLTOURISMUS VON NEAPEL NACH WUPPERTAL -

■ ITALIEN SOLL SEINE VERFEHLTE ABFALLPOLITIK SELBST ENTSORGEN!

Als im Frühjahr 2008 Bilder der im Müll ertrinkenden italienischen Stadt Neapel die Medien beherrschten, hat sich auch Wuppertal bereit erklärt, einen Teil des Mülls zu entsorgen.

Nachbarschaftshilfe sozusagen, bis zu 5.000 Tonnen Müll sollten in unserer Müllverbrennungsanlage auf Korzert verbrannt werden. Mittlerweile sind Monate ins Land gegangen, Italiens

neuer (alter) Ministerpräsident Berlusconi hat das Müllproblem zur Chefsache erklärt, allerdings anscheinend ohne Erfolg. Noch immer stinkt der Müll in Neapel.

Die Wuppertaler GRÜNEN lehnen es ab, dass Abfallberge durch halb Europa gekarrt werden, nur weil die Entsorgungskapazitäten in Italien nicht dem Stand der Technik entsprechen. In einem akuten Notstand zu hel-

fen, ist das eine. Jetzt zeigt sich aber, dass Italien sich in dieser Hilfestellung bequem einrichtet.

Die Bereitschaft, Müll in Deutschland zu entsorgen, würde nur den Druck von der italienischen Regierung nehmen, endlich selbst entschieden tätig zu werden und endlich wirksame Abfallwirtschaftskonzepte mit innovativer Technologie zu installieren.

„Auf ins Grüne“ Politische Wanderung mit Ihnen

Am Sonntag den 14.09.08 um 10.30 Uhr, Treffpunkt: „Toelleturm“

Wieder laden wir herzlich ein, um politische Themen direkt vor Ort mit netten und engagierten Menschen zu diskutieren. Zunächst geht es durch den wunderschönen Vorwerkpark. Im Übergang zu den Barmer Anlagen wird uns ein Vorstandsmitglied des Verschönerungsvereins das Konzept der Parkanlage erklären. Anschließend werden wir Richtung Barmer City wandern und dem neuen Opernhaus einen Besuch abstatten. Der kaufmännische Geschäftsführer Enno Scharwächter wird uns zum Abschluss über den aktuellen Stand der Bausituation informieren.

Die Wanderung dauert ca. 2 - 3 Stunden. Im Anschluss können Interessierte mit uns zu einem gemeinsamen Kaffee einkehren und das Erlebte nachwirken lassen. Die Wanderung wird voraussichtlich gegen 13.30 Uhr beendet sein. Bitte bringt nette und interessierte Leute mit! Und an festes Schuhwerk denken!



Anmeldung per Email oder Telefon in der Parteigeschäftsstelle:
Email: gruene.wuppertal@t-online.de, Telefon: 0202-87811

ANZEIGE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL

HÖSTEREY-GELÄNDE – EIN „ENDLAGER“?

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Auch im Boden befinden sich aus Zeiten der alten Werkzeugfabrik zahlreiche Schadstoffe.

Doch nichts geschieht. Die GRÜNEN wollen klipp und klar wissen, ob diese Stoffe, Chemikalien und Abfälle, die da auf dem alten Hösterey-Gelände lagern, gefährlich oder sogar giftig sind. An den Wuppertaler Oberbürgermeister richten sie deshalb eine Große Anfrage. Die entscheidenden Fragen sind, was eigentlich genau in den Fässern und Tanks drin ist. Ist diese Lagerung überhaupt jemals genehmigt worden? Und falls ja, gibt es auch eine Genehmigung dafür, dass die Fässer und Tanks einfach so, ohne Auffangbecken darunter, lagern?

Außerdem steht die Frage im Raum, ob es stimmt, dass das ehemalige Hösterey-Gelände in zwei Grundstücke geteilt werden soll. Denn fraglich ist, was passiert, wenn die bisher unbebaute Hälfte bebaut wird. Was,

wenn der Besitzer der anderen Hälfte mit dem alten Hösterey-Gebäude und dem „Endlager“ Insolvenz beantragt? Was passiert dann mit den Altlasten? Ist dann noch sicher, dass das komplette Gelände vernünftig und umweltgerecht saniert wird?

Eine solche Sanierung muss aus Sicht der GRÜNEN unbedingt sein. Es darf nicht passieren, dass beispielsweise Bestandteile von Chemikalien in den Boden gelangen, sich dort verteilen oder langfristig einlagern.

Deshalb ist die wesentliche Frage der GRÜNEN an Oberbürgermeister Jung: Wie gedenkt die Stadt mit der Lagerung der möglicherweise gefährlichen Stoffe weiterhin zu verfahren? Die Fragen der GRÜNEN werden in der Ratssitzung am 15. September von der Verwaltung beantwortet werden.

Wir informieren Sie in der nächsten Ausgabe weiter.

SPIEL- UND BOLZPLATZ STATT BUNKER

■ PLATZ DER REPUBLIK: ABRISSEBIRNE KOMMT

Am Platz der Republik steht einer. Hässlich sind die Hochbunker in Wuppertal, noch hässlicher ihre Geschichte. Jeder Bunker weniger ist gut, das Vergessen der Geschichte hingegen dramatisch. Die Erinnerung soll bleiben – aus gutem Grund gibt es Mahnmale. Die Bunker aber sollen weg. Nur ist das teuer. Bisher galt ein Abbruch dieser Betonklötze als unmöglich bzw. zu teuer. Doch mit Maschinen der neuesten Technik ist ein Abbruch der bis zu drei Metern dicken Wände möglich.

Was lange währt... Am Ostersonntag hatte zunächst die Stadtteilkonferenz die Idee: Der Bunker am Platz der Republik muss weg. Ursprünglich gab es Pläne, den Betonklotz umzubauen und einen Supermarkt unterzubringen. Doch die Investoren sprangen ab. Die Bündnisgrünen in der Bezirksvertretung Elberfeld stellten 2005 den Antrag, den Abriss zu prüfen. Das Gebäudemanagement der Stadt ent-

wickelte einen Plan, holte Kostenschätzungen ein. Endlich war klar: Es geht! Die BürgerInnen beteiligten sich engagiert an dem Planungsprozess für die frei werdende Fläche des Bunkerplatzes. Während eines ganztägigen Workshops brachten viele ihre kreativen Ideen ein. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten, ein großer Teil der Vorschläge wurde bei der Gestaltung berücksichtigt. Für uns ein toller Beweis mehr für ausgezeichnetes bürgerliches Engagement im Stadtteil. Insgesamt kostet der Abriss und die Neugestaltung der Fläche 1,6 Mio. Euro. Davon zahlt den Löwenanteil das Land. Nun beginnen Anfang 2009 Entkernung Abriss.

...wird endlich gut. Auf der Fläche wird es dann 2010 einen Spiel- und einen Bolzplatz für die Kinder und Jugendlichen geben und ruhigere Sitzecken für ältere Menschen. Die Firma Storch wird eine Teilfläche für Kundenparkplätze nutzen. Am 23. August feierten

die Stadtteilkonferenz, das Nachbarschaftsheim und viele AnwohnerInnen im Rahmen einer „Bunkerabrissparty“ die nahende Abrissbirne. Und was wird aus den anderen Hochbunkern? Nicht immer ist Abriss die Lösung: Der Bunker in der Schusterstraße wurde vor Jahren an einen Privatmann verkauft, der dort eine Serverfarm (fürs Internet) einbauen wollte. Alle Hochbunker dienen als Standort für Mobilfunk-Basisstationen. Die Station am Platz der Republik wurde in die Neue Nordstraße verlegt. Ein Umbau in Wohnungen und Büros ist möglich, macht aber bei bald 20.000 leer stehenden Wohnungen in Wuppertal wenig Sinn. Kreativität ist gefragt. Haben auch Sie Ideen, was aus den Bunkern werden könnte? Schreiben Sie uns!

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal,
fraktion@gruene-wuppertal.de

HAUSEIGENTÜMER AUF DEM ÖLBERG ERGREIFEN DIE INITIATIVE

■ VIELE GEMEINSAME IDEEN FÜR EIN TOLLES WOHNVIERTEL

In der April-Ausgabe hatten wir über die erwartete Entwicklung des Wuppertaler Wohnungsmarktes berichtet: Im Jahr 2025 werden 20.000 Wohnungen in Wuppertal leer stehen, sagt empirica, ein unabhängiges Beratungsunternehmen aus Bonn. Die Landesregierung und die Stadt Wuppertal wollen den Trend abmildern. Dazu sollen sich die verbliebenen lokalen Hauseigentümer zusammenschließen und selbst etwas für mehr Attraktivität in ihrem Viertel tun. Das erste Wuppertaler Projekt wurde im Januar auf dem Ölberg gegründet. Einige der Eigentümer, die sich im Lutherstift bisher viermal unter Moderation von Herrn Fallner von empirica trafen, haben schon im Rahmen des Hof- und Fassadenprogramms von der öffentlichen Förderung „Stadtumbau West“ profitiert. Die ersten Ideen des Netzwerks: Soziale Mischung im Stadtteil erhalten! Bisher haben die Eigentümer vom

Ölberg besonders auffällige Immobilien im Stadtteil aufgelistet (z.B. die Ecke Hochstraße/Wülfrather Straße). Beim letzten Treffen stellte ein Teilnehmer die Idee vor, im Rahmen einer Genossenschaft z. B. ein Haus zu erwerben, mit viel Eigenhilfe zu sanieren und dann für eine günstige Miete (z.B. unter 4 Euro pro Quadratmeter) an finanzschwache Menschen zu vermieten. So soll die Mischung im Viertel erhalten bleiben. Negative Folgen von Luxussanierungen sind aus Berlin hinlänglich bekannt: Die alteingesessenen BewohnerInnen mit geringen Einkommen werden verdrängt und Yuppies ziehen ein. Die Mieten verdoppeln sich innerhalb weniger Jahre. Das wollen die Eigentümer auf dem Ölberg verhindern.

Energieverbrauch der Gebäude verringern

Die Wuppertaler Quartiers-Entwick-

lungsgesellschaft bietet den Eigentümern an, für ca. 150 Euro Eigenbeitrag ein Gutachten der energetischen Situation eines Mehrfamilienhauses anfertigen zu lassen. Der Gutachter (Architekt) hat sein Büro ebenfalls auf dem Ölberg.

Außergastronomie auf dem Ölberg

Der Ölberg lebt von den Menschen. Es wäre schön, sie auch mehr auf den Straßen zu sehen. Seitdem die Eisdielen geschlossen hat, kann man auf der Marienstraße nirgends mehr draußen sitzen. Das soll sich ändern und wäre ebenfalls ein Betätigungsfeld für eine Genossenschaft, eventuell in Kooperation mit einem sozialen Träger.

Die Kurz- und die Langfassung der empirica-Studie erhalten Sie im Internet unter www.wuppertal.de oder in unserer Geschäftsstelle, Telefon 0202/563-6204



DER COUNTDOWN LÄUFT:

DIE NEUE ALTE SCHWIMMOPER IST BALD FERTIG!



Es kommt einem vor wie eine Ewigkeit: Immer noch ist die Schwimmoper wegen Renovierung geschlossen. Sehnsüchtig warten die ElberfelderInnen und alle Wuppertaler SchwimmerInnen auf die Eröffnung des einzigartigen Bades in neuem Glanz. Noch mehr als ein Jahr müssen wir

uns gedulden, dann ist es fertig, das moderne Hallenbad im denkmalgeschützten Gebäude mit Saunabereich und Gastronomie. Ein Bad für alle, das sich jeder leisten kann, in städtischer Trägerschaft, kein teures Spaßbad. Ab Anfang 2010.

Wer es gar nicht erwarten konnte (wie

die GRÜNEN), kam am 2. August zur Baustellenbesichtigung. LokalpolitikerInnen und einige interessierte Bürgerinnen und Bürger bestaunten Computer-Animationen, die einen Eindruck vermitteln konnten, wie die neue Schwimmoper bald aussehen wird: großartig!

Weißer Wände für einen helleren Raum, moderne Umkleiden, auch für Behinderte und überhaupt ein behindertengerechtes Gebäude. Nur auf die Tribünen kommt man mit dem Rollstuhl nicht. Die übrigen Fans können bei Veranstaltungen über zwei Galerien zwischen den Tribünen wechseln. Auch die Technik ist neu: Fernwärme und ein städtischer Brunnen helfen, die Betriebskosten zu senken. Und die matten Scheiben auf der Südseite werden ersetzt. Das Becken von 30x30 Metern kann für Kurzbahnwettkämpfe auf 25 Meter verkürzt werden. Und bei allem Schnickschnack und moderner Technik bleibt sie doch unsere alte Schwimmoper.

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ ENERGIEFRESSERN AUF DIE SPUR KOMMEN!



Wissen Sie eigentlich, wie viel Strom Ihr Kühlschrank verbraucht? Oder Ihre Waschmaschine? Mithilfe eines Strom-Messgerätes lässt sich der Bedarf unkompliziert ermitteln. Sind die Werte zu hoch, lohnt sich meist die Neuanschaffung.

Gerade bei steigenden Energiepreisen können Sie so bares Geld sparen und gleichzeitig dem Klima helfen. Ein entsprechendes Gerät gibt es im Elektronikfachhandel für ca. 25 Euro oder Sie leihen sich bei der Verbraucherberatung ein Gerät aus, Sie haben dann 14 Tage Zeit, die Stromfresser aufzuspüren.

Weitere Infos:
Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

grün^W
Keiner wie wir.

RATSCHRONIK 23.06.2008



Kontroll-Besuche bei Hartz IV-EmpfängerInnen

Im ARD-Magazin „Panorama“ vom 05.06.2008 ging es in einem Beitrag zum Thema „Spitzelei oder notwendige Kontrolle – Staat observiert Hartz-IV-Empfänger“ auch um Wuppertal. Das Thema war, auf welche Art ARGE-MitarbeiterInnen unangekündigte Hausbesuche bei EmpfängerInnen des Arbeitslosengeldes II im ganzen Bundesgebiet durchführten. Sie wollten u. a. überprüfen, ob vielleicht zusätzlich ein Lebensgefährte im Haushalt wohnt, was weniger staatliche Unterstützung bedeuten würde. Ein Fall dieses Kontrollverhaltens spielte in Wuppertal. Deshalb haben die GRÜNEN in der Ratssitzung am 23.06.2008 nachgefragt, wie es die ARGE Wuppertal mit Hausbesuchen hält. Antwort: Darüber gibt es keine Statistik – und somit auch keine

weiterführenden Antworten der Verwaltung.

GRÜNE fordern zügige Maßnahmen für bessere Luft

In einem Antrag haben die GRÜNEN gefordert, die Beratung um den Luftreinhalteplan für Wuppertal fortzusetzen. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen für bessere Luft gilt es zügig umzusetzen, allerspätestens aber ab 2009. Der Oberbürgermeister hatte die Beratungen gestoppt, weil er auf landeseinheitliche Regelungen warten wollte. Sicher ist, dass schlechte die Luft an Hauptverkehrsstraßen in Wuppertal seit Jahren ein Gesundheitsrisiko für die Bürgerinnen und Bürger ist, die Stadt muss also handeln. Im Umweltausschuss am 27.05.2008 stimmten die Mitglieder zwar dafür, die Beratungen fortzusetzen. CDU, SPD und FDP lehnten aber die Umsetzung von

konkreten Maßnahmen ab. Gut, dass zwischenzeitlich der Regierungspräsident einen Entwurf vorgelegt hat, in dem er viele Maßnahmen für die Stadt verbindlich macht, u. a. die Einrichtung von Umweltzonen. Den GRÜNEN Antrag lehnten CDU, SPD, FDP und WfW im Rat ab.

Ansturm auf die Gesamtschulen erfordert mehr Klassen

500 bis 600 Eltern pro Jahr bekommen für ihr Kind kein Platz an einer Wuppertaler Gesamtschule und werden abgewiesen. Der Wuppertaler Rat hat deshalb zwar eine sechste Gesamtschule beschlossen, aber das Land NRW stellt sich mit großer Sicherheit quer. Wir halten weiter an dem Ziel sechste Gesamtschule fest. Wir müssen deshalb jetzt die bestehenden fünf Gesamtschulen stärken und überall sechs Parallelklassen einrichten. DIE GRÜNEN haben

deshalb für die Gesamtschulen Langerfeld und Vohwinkel je eine Klasse mehr beantragt. Die Verwaltung sollte in den nächsten Fachgremien konkrete Umsetzungsvorschläge vorlegen. Dem GRÜNEN Antrag wollten sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und WfW nicht anschließen, obwohl alle Argumente dafür sprechen.

Kein gemeinsamer Appell aus Wuppertal für höhere Hartz IV-Sätze

Ganze zehn Monate nachdem die GRÜNEN einen Antrag zur Erhöhung der Arbeitslosengeld II-Bezüge gestellt haben, haben CDU und SPD ihre Beratungen über den Antrag abgeschlossen und sich geäußert. Sie fordern keine definitive Erhöhung der Regelsätze, sondern lediglich eine „Überprüfung“ und „Anpassung“. Die GRÜNE Ratsfraktion bemühte sich daraufhin intensiv um einen gemeinsamen Antrag, der über eine bloße Prüfung hinausgeht und eine Erhöhung einfordert. Leider gab es mit CDU und SPD keine Einigung. Ein halbherzig von CDU und SPD beschlossener Antrag wird wohl kaum Signalwirkung auf Land und Bund haben.

Autofreier Sonntag: nur nicht in Wuppertal

Halb Europa beteiligt sich am 21. September am Tag „In die Stadt ohne mein Auto“, den das Klima-Bündnis initiiert. Nicht so die Klimaschutzresistente Wuppertaler Ratsmehrheit. CDU, SPD, FDP und WfW waren nicht bereit, dem GRÜNEN Antrag zuzustimmen. Der bot die Gelegenheit, an einem Sonntag im Jahr die Innenstadt nur für den nicht-motorisierten Verkehr wie Fahrrad, Inlineskates und die öffentlichen Verkehrsmittel freizuge-

ben. Die Ratsmehrheit verweigert den Wuppertalerinnen und Wuppertalern einen außergewöhnlichen Tag, an dem alle gemeinsam bessere Luft, weniger CO₂, weniger Lärm und mehr Energieeinsparung schaffen könnten.

Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen

In der Ratssitzung haben die GRÜNEN die neue Tabelle für die Elternbeiträge abgelehnt, weil schon ab einem Bruttoeinkommen von 12.500 Euro pro Jahr Gebühren für den Kita-Platz fällig werden.

Diese Grenze ist nach GRÜNER Auffassung zu niedrig, sie geht zu Lasten derer, die trotz Arbeit arm sind. GRÜNE hatten sich für eine Grenze bei 18.000 Euro eingesetzt, wie in Remscheid bereits beschlossen.

GRÜN wirkt: Soziale Gerechtigkeit beim Bauen

Auf Initiative der GRÜNEN hatte der Rat bereits vor einem Jahr einstimmig beschlossen, für mehr soziale Gerechtigkeit rund um das Bauen zu sorgen. Wenn Flächen als Bauland ausgewiesen werden, sind sie sehr viel wertvoller als z.B. Grünflächen. Der Rat beschloss damals, dass den EigentümerInnen deshalb auch konsequent die Kosten übertragen werden sollen, die durch die Erschließung ihres Baulandes anfallen. Die Stadt kann dadurch Geld sparen und zusätzliche Einnahmen erzielen, etwa für die Sanierung des Altbaubestandes. Die Verwaltung wurde beauftragt, Erfahrungen aus anderen Städten auszuwerten und einen Vorschlag für Wuppertal zu unterbreiten. Zur Ratssitzung am 23.06.2008 hat die Verwaltung nun einen entsprechenden Bericht vorgelegt, die Fachgremien werden die konkrete Auswer-

BÄUME FÜR DIE DÜPPELER STRASSE

MEHR GRÜN IN DIE INNENSTADT

Nach dem Sturm Kyrill haben die Elberfelder GRÜNEN mit dem Projekt „400 Bäume für Elberfeld“ eine Kampagne für mehr Grün in der Innenstadt gestartet. Gleichzeitig wandten sich Bürgerinnen aus der Düppeler Straße an die GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld. Ihr Wunsch: Straßenbäume. Bei einem Ortstermin haben wir mögliche Standorte ausgetastet, drei oder vier kommen laut Verwaltung in Frage. Die Pflanzaktion kostet allerdings durchschnittlich 2.500 Euro pro Standort (der Baum kostet 300-500 Euro, teuer ist der Tiefbau). Damit schien die Umsetzung zunächst utopisch. Die Stadt hat kein Geld. Wenn es an Geld fehlt, ist Kreativität gefragt. In einem Brief an

die Stadtparkasse regte die bündnisgrüne Ratsfraktion an, vor jeder der 34 Geschäftsstellen einen Baum zu pflanzen. Das konnte die Sparkasse zwar nicht gleich verwirklichen. Beim Neubau an der Varresbecker Straße wurden aber gleich mehrere Bäume neu gepflanzt. Und für die Düppeler Straße hat die Sparkasse einen Baum gespendet, der von der Grundschule Am Mirker Bach betreut werden wird. Danke, liebe Sparkasse! So viel Initiative steckt an. Die Bezirksvertretung Elberfeld hat einen zweiten Baum aus ihren freien Mitteln finanziert. So werden noch in diesem Jahr zwei Bäume die Düppeler Straße verschönern, uns erfreuen und einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.



Foto: Privat

MASSEN-HÜHNERFARM VOM TISCH

WIDERSTAND DER BÜRGERINNEN ERFOLGREICH

Die an der Grenze zu Velbert am Fetteberger Weg geplante Massen-Hühnerfarm mit 24.000 Bio-Legehennen wird nicht gebaut. Seit Bekanntwerden der Pläne hatte sich die Bürgerinitiative Landschaftsschutzgebiet Fette-

berg - Deilbachtal gegen das Vorhaben gewehrt. Mit Erfolg. Gebaut werden sollte die Großanlage mitten im Landschaftsschutzgebiet, deshalb stand eine Prüfung an, ob sie mit der Umwelt verträglich sei. Angesichts dieser anste-

henden Prüfung nahm der Investor Abstand von seinen Plänen. Die GRÜNEN hatten immer betont, dass sie eine derart überdimensionierte Anlage inmitten wertvoller Naherholungs- und Naturschutzgebiete ablehnen.

Wir wollen Dich...

...denn GRÜN muss wachsen, damit GRÜN noch mehr wirken kann. Und dabei kommt es auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.

Egal ob als "stille Unterstützung" GRÜNER Ideen oder als aktives Mitglied – durch Deine Mitgliedschaft bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN kannst auch Du dazu beitragen, GRÜNE Ziele wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit immer wirklicher werden zu lassen.

Für Dich, für uns und nicht zuletzt für unsere Kinder müssen wir uns schon heute für eine gerechtere, gesündere und gewaltlose Welt von morgen einsetzen.

Deshalb brauchen wir Dich!

ANZEIGE

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

